



Andrassy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest

ANDRÁSSY- ABHANDLUNGEN

ANDRÁSSY - ABHANDLUNGEN

Abhandlung Nr. 19

Prof. Dr. Reinhard Bettzuege

Der Fall Belgien

*Vortrag Andrassy Universität Budapest
am 23.04.2008*

Der Fall Belgien

*Vortrag Andrassy Universität Budapest
am 23.04.2008 in Budapest*

„Bye, bye, Belgium“, so hieß eine Kritik und Empörung hervorrufende Fernsehsendung des belgischen französischsprachigen Fernsehens RTBF am 3. Dezember 2006, die nach Orson Welles Vorbild die Fiktion des Auseinanderbrechens Belgiens in die zwei separaten Landesteile Flandern und Wallonien als Realität vermitteln wollte. Spontan hatten sich noch während die Sendung lief Brüsseler Bürger vor dem Königspalast versammelt, um für den Erhalt des Landes einzutreten, in Flandern dagegen waren keine Reaktionen zu verzeichnen, wahrscheinlich deswegen, weil man dort das frankophone Fernsehprogramm des Landes ohnehin nicht anschaut.

Keine 12 Monate danach kam nach einer quälenden Regierungsbildung, die sich über sechs Monate erstreckte, an deren Ende lediglich eine provisorische Übergangsregierung zustande kam, die bis zum 20. März 2008 terminiert war. An diesem Datum wurde dann tatsächlich der Übergangs-Premierminister Guy Verhofstadt abgelöst durch den deutlichen Gewinner der Wahlen vom Juni 2007, Yves Leterme. Die Bildung dieser vorläufig endgültigen Regierung hatte 283 Tage in Anspruch genommen.

Leterme hat als neuer Premierminister am Gründonnerstag 2008 in seiner Regierungserklärung die Vision seiner 5-Parteien-Regierung „für das Ganze des Volkes“ (also nicht nur für Flandern, wo er vorher Ministerpräsident war) dargelegt und er sprach dabei auch das wichtigste und schwierigste Dossier an, die geplante zweite Stufe einer substantiellen Staatsreform, wie sie die Flamen wollen, einer Staatsreform nämlich, die mithilfe weiterer Deregulierungsmaßnahmen föderaler Zuständigkeiten Flandern mehr regionale Autonomie bescheren soll – und zwar besonders auf den Gebieten Steuer-, Sozial- und Gesundheitspolitik, allesamt kostenträchtige Ressorts. Die

Zustimmung der frankophonen Wallonen für eine solche Reform überhaupt zu erhalten war der eigentliche Stolperstein für die Regierungsbildung, denn mehr Autonomie für die Flamen heißt weniger Transfergelder für die Wallonen, so banal kann Politik sein. Was in der Bundesrepublik durchaus auch als Problem bekannt ist, nämlich die Finanzleistungen von nur fünf Bundesländern an elf Empfängerländer ist in Belgien eine konfrontative Nord-Süd Situation geworden, eins gegen eins, reiches und entwickeltes Flandern gegen armes und unterentwickeltes Wallonien. Kein Wunder also, dass die extremistischen Parteien Flanderns (es gibt übrigens keine Bundesparteien, sondern nur Parteien in den jeweiligen Landesteilen, oftmals mit keinerlei Verbindung zueinander: also haben die frankophonen Grünen, Ecolo genannt, keine Verbindung zu ihren flämischen politischen Glaubensbrüdern, (die heißen Groen...) ,während zugleich extremistische Parteien rechts von der Mitte, das sind der Vlaams Belang und die Liste Dedeker, beide separatistisch eingestellt, ihr gesamtes Wahlprogramm auf Autonomie, besser noch: Separatismus ausgelegt haben.

In der Debatte über die Regierungserklärung am Ostersonntag haben diese beiden denn auch das extremistische Fass aufgemacht und dem flämischen Regierungschef für ganz Belgien Verrat vorgeworfen, Verrat an den flämischen Wählern, die ihn doch gerade oder sogar nur wegen seiner auf die Autonomie Flanderns abzielende Politik gewählt hätten. Diese beiden Parteiführer prangerten folgerichtig auch die Verschiebung der zweiten Stufe der geforderten Staatsreform auf Mitte Juli 2008 an und beklagten sich lautstark über das Übergewicht der Frankophonen in der neuen Regierung: von 22 Ministern bzw. Staatsministern sind 12 Wallonen –was sie in die Feststellung münzten: In Belgien regiert die Minderheit die Mehrheit. Das Wort „Belgien“ wurde von ihnen in diesem Zusammenhang wie ein Schimpfwort gebraucht, der Regierungschef mehrmals mit dem Shakespeareschen Titel „honourable man“ belegt. Leterme hielt tapfer dagegen, er benutzte absichtsvoll das Wort „Solidarität“, das er sogar mit Großbuchstaben schreiben wollte, Zeichen dafür, dass ihm der Ernst der Lage zunehmend bewusst wurde und er durchaus an die Zukunft Belgiens dachte. Er bekannte sich aber zu seinem Wahlversprechen, eine zweite Stufe für eine substantielle Staatsreform mit weitestgehender Autonomie für Flandern zu erreichen – und zwar bis Mitte Juli, das sind drei Monate für, wie viele glauben, ein Himmelfahrtsunternehmen. Spätestens Mitte

Juli wird man sehen, ob dieses Versprechen eingelöst werden kann, oder ob die Regierung Letzter dann schon am Ende ist. Wie hatte die Brüsseler Tageszeitung „Le Soir“ getitelt: „Drei Monate, ein Jahr, drei Jahre?“ und damit die Überlebensdauer der neuen Regierung gemeint.

Die belgische Realität hatte die vermeintliche Fiktion der Fernsehsendung „Bye, bye, Belgium“ längst eingeholt: Der Graben zwischen den beiden Volksgruppen, den frankophonen Wallonen und den niederländischsprachigen Flamen hatte sich in einer Weise vertieft, dass niemand mehr die endgültige Teilung des Königreiches ausschließen wollte. In akuter Sorge um die 74.000 Angehörigen der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Osten Belgiens hatte sich Mitte September 2007 deren Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz übrigens klammheimlich nach Luxemburg begeben, um dort vorsorglich zu eruiieren, ob denn im Falle eines Falles die deutschsprachigen Belgier insgesamt im Staate Luxemburg eine neue Heimat würden finden können...

Beunruhigend ist allerdings die Tatsache, dass es sich hier womöglich nicht nur um ein innerbelgisches Phänomen handeln könnte, das auf die historische Zwangsgeburt des Landes im Jahre 1830/31 zurückgeht, sondern hier auch europäische Disparitäten ans Tageslicht kommen, die kurz nach Unterzeichnung des Vertrages von Lissabon die europäische Kohärenz, die Union, und eine mögliche fortgesetzte Erweiterung Europas mit schwersten Hypotheken belasten würden. Parallelen zu Unabhängigkeitsbestrebungen in Schottland, Katalonien, dem Baskenland und Korsika wurden angeführt, das Beispiel Kosovo lässt grüßen. Dass es sich mit Belgien um ein Kern- und Gründerland der Europäischen Union handelt, macht den Fall so bedeutsam. Schon heute werden deshalb mit Sorge politische Horrorszenarien diskutiert, die auf die Tatsache abzielen, dass Belgien ja im Jahre 2010 die EU-Präsidentschaft innehaben wird – in einem geteilten Land?

Wenn es sich bei dem Streit der Flamen und Wallonen tatsächlich (auch) um eine Entfremdung und Abkehr von Europa handelte, dann stellt sich uns Belgien heute als ein Laboratorium für künftige Entwicklungen auch anderswo in Europa dar. In Brüssel erfährt heutzutage jedenfalls der keinen Widerspruch, der den Rückzug von Volksgruppen auf die eigene Region, Sprache, Kultur und damit Identität

als Ausdruck auch der Abwendung vom Gedanken der europäischen Einheit versteht: „Einheit in Vielfalt“ heißt ja das europäische Motto. Dies bedeutet nicht, dass sich Flandern –die Wallonie schon garnicht- aus Europa verabschieden wollte, nein, über die Ratifizierung des Vertrages von Lissabon herrscht Einigkeit: dies soll Anfang Juni geschehen. Aber doch werden gegenläufige Trends sichtbar, die in Europa typischer geworden sind. Wie sagte es Stefan Zweig im Jahre 1910 in seinem Traktat über „Das Neue Belgien“? „Klein ist die Fläche des Landes und spiegelt so übersichtlich in charakteristischer Verkürzung unendliche Vielfalt. Alle Gegensätze stehen sich knapp und scharf konturiert Stirn an Stirn gegenüber“. Wie wahr auch heute, einhundert Jahre später.

Folgerichtig stellte unter dem gleichen Titel „Bye,bye, Belgium“ ein Jahr nach der Ausstrahlung der inflammatorischen Fernsehsendung im Dezember 2007 die Tageszeitung „Le Soir“ die Frage, ob die belgische Realität dieser Aussage nicht schon voll entspreche und das Requiem über das Königreich anzustimmen sei. Der Präsident des wallonischen Parlaments, Jose Happart, ein Sozialist, sagt, die Sendung habe die aktuelle politische Situation Belgiens vorweggenommen. Sie sei als Elektroschock gedacht gewesen für die frankophone Öffentlichkeit, die dies als Weckruf hätte verstehen müssen, in ernsthafte Diskussionen über eine Staatsreform einzutreten, die eine größtmögliche Unabhängigkeit für Flandern bringen soll, zu Lasten der Wallonen, die wirtschaftlich von den Transferzahlungen des großen ungeliebten Bruders im Norden abhängen.

Im Zuge und zur Erklärung der Krise bemühten Journalisten immer wieder die Geschichte Belgiens und scheuten sich nicht, bis in römische Zeiten zurückzugehen. Julius Cäsar hatte in seinem Traktat „De bello Gallico“ ja schon Belgien erwähnt: „Gallia est omnis divisa in partes tres, quarum unam incolunt Belgae...“ die Belger, damals ein Stamm, der vornehmlich in Westflandern zu Hause war. Die gallisch-römisch-lateinische Sprachgrenze zur germanischen Welt, so wurde erläutert, habe sich im Prinzip bis heute erhalten und Sorge unverändert für einen „clash of civilizations“, für eine Trennung von Kulturen, Mentalitäten, Lebensarten. Ein solcher „Limes“ also sei es, der in Wirklichkeit für die Schwierigkeiten zwischen Flamen und Wallonen verantwortlich sei. Tatsächlich hat die Geschichte einen langen Atem.

Als 1963 die Sprachgrenzen zwischen Flandern und der Wallonie offiziell festgelegt wurden, da war Belgien wieder so weit, wie es bereits unter dem römischen Gegenkaiser Postumus im dritten Jahrhundert nach Christus gewesen war: das Land teilte sich administrativ auf in seine Nordhälfte mit germanisch-niederländischen Dialekten und seinen Süden, in dem romanisch-französische Dialekte gesprochen werden. Interessanterweise gibt es in Brüssel sprachlich getrennte Clubs beider Landesteile, den Club „Warande“ der Flamen und den „Cercle Gaulois“ der Wallonen – obwohl nur wenige Schritte voneinander entfernt befassen sie sich ausschließlich mit der eigenen Kultur und Literatur, das Wort Belgien kommt in ihren Statuten nicht vor. Übrigens gibt es rund sechzig nationale und regionale Gesellschaftsclubs dieser Art in ganz Belgien.

Über die Staatsgründung Belgiens schreibt die Antwerpener Journalistin Marion Schmitz-Reimers in ihrem Buch „Belgien für Deutsche“: Auf die Trümmer der nordwestlichen Besitzungen des Römer-, des Franken-, des Burgunder- und des Habsburgerreichs sowie des napoleonischen Imperiums ist ganz unerwartet ein Winzling gekrabbelt, der da Belgien heißt. Aber es ist noch nackt und bloß und muss erst einmal einen Vater, eine Hausordnung und seinen Platz zwischen zwei starken Brüdern finden, die nicht gerade auf seine Ankunft gewartet haben. Das wird ihn in Atem halten, bis ein zunächst unerkannter Geburtsfehler manifest wird: Das Baby hat zwei Herzen, ein flämisches und ein wallonisches“. Ähnlich drückt es der flämische Journalist Rik Vanwalleghem in seinem Buch „Belgie Absurdistan“ aus: „Die Unterschiede zwischen Flandern und der Wallonie sind ebenso groß wie die zwischen Zwillingen, die nicht nur zweieiig sind, sondern überdies direkt nach ihrer Geburt voneinander getrennt wurden“.

Wenn man weiß, dass zudem das reiche und technologisch hoch stehende Wallonien im 20. Jahrhundert eine herausragende Rolle in Europa spielte und Flandern zur gleichen Zeit immer nur der arme Verwandte im Norden war, wo vornehmlich Bauern lebten oder schlecht bezahlte Gastarbeiter für die wallonische Kohle- und Stahlindustrie, wenn man weiter erfährt, dass die erste flämische Universität erst 100 Jahre nach Gründung des Königreichs Belgien , das war 1830, also erst 1930 in der eigenen Landessprache, nämlich flämisch unterrichten und Examina abnehmen durfte, also die Mehrheit der Flamen sich der

kulturellen und wirtschaftlichen Übermacht der Frankophonen beugen musste, dann versteht man das Gefühl der Demütigung, der schlechten Behandlung, das in Flandern heute bei allen Gesprächen hochkommt. Immer wieder auch wird die Geschichte erzählt, dass die französischsprachigen Offiziere im 1. Weltkrieg ihre flämischen Soldaten in den Tod schickten, weil diese ihre französischen Befehle nicht verstanden. Ein psychologisches Momentum also, das politische Auswirkungen hat. Dieser durchaus gewalttätige „Kulturkampf“ ging so weit, dass sich etwa 1968 die ehrwürdige alte katholische Universität Löwen in einen flämischen Campus, der in Löwen blieb, und einen frankophonen Campus teilte, der als „Louvain-la-Neuve“ südlich von Brüssel in die Wallonie verlegte. Mit dem Ende der letzten zweisprachigen Universität des Landes wurde auch das Ende des belgischen Einheitsstaates eingeläutet.

Kein Wunder also, dass der Chefredakteur des „Le Vif Express“, Stéphane Renard, am 24. November 2005 schrieb: „Der belgische Föderalismus hat mit den Staatsstrukturen anderer großer westlicher Nationen nicht viel gemein. Von den Vereinigten Staaten bis Deutschland und Italien hat man den Föderalismus von Anfang an eingeführt, um die einzelnen Bundesländer in die Lage zu versetzen, im Rahmen des Staates wachsen und gedeihen zu können. In Belgien, das aus einem Versehen der Geschichte heraus entstanden ist und in dem man immer zu Kompromissen gezwungen war, wurde der Föderalismus nachträglich eingeführt, um den wachsenden Zwiespalt zwischen den einzelnen Sprachengemeinschaften unter Kontrolle zu halten“.

Daher verwundert es auch niemanden, dass Flandern sich längst ein eigenes Außenministerium leistet, unter dem Außenminister Geert Bourgeois, das über 450 Mitarbeiter verfügt, viele von ihnen eigene flandrische Gesandte an Belgiens Botschaften im Ausland – natürlich ist auch die Wallonie entsprechend vertreten. Als Bourgeois einmal von einer Dienstreise aus Südafrika zurückkam, wurde er von einem Journalisten gefragt, warum denn in den diesbezüglichen Presseverlautbarungen seines Ministeriums kein einziges Mal das Wort Belgien erwähnt wurde – seine Antwort: „Als Außenminister Flanderns sehe ich, wenn ich einen Vertrag mit dem Afrikanischen Nationalkongress abschließe, keinerlei Grund, Belgien zu erwähnen...“ Nebenaußenpolitik haben wir das in Bonn genannt, wenn Franz-Josef

Strauß manchmal für den Freistaat Bayern ähnliche Ambitionen verfolgte. Oder noch eine Kostprobe: Jan-Luc Dehaene, immerhin sieben Jahre lang belgischer Premierminister, schreibt auf seiner Website: „Meine Wahl zum Europaabgeordneten...hat mich in die Lage versetzt, meine jahrelangen Erfahrungen im Bereich der Politik in den Dienst der Vilvoorder, der Flamen und der Europäer zu stellen“, von Belgien keine Rede.

„Belgien hat bestanden, aber besteht nicht mehr!“, erklärte Bart de Wever, Chef der NVA, der flämischen Nationalisten, die in einem Kartell mit Letermes Christdemokraten sind, in einem Interview mit „La Libre Belgique“ Mitte März. Und er fuhr fort: „Belgien ist lediglich eine diplomatische Konferenz zwischen zwei Ländern. Ich glaube, dass die Entwicklung ein Verdampfen Belgiens auslösen wird, die belgische Nation entzweit sich“. Den Grund lieferte er auch: „Wir sind nicht bereit, den PS-Staat (in der Wallonie regieren die frankophonen Sozialisten) zu finanzieren. In der Wallonie gehen nur 54 % der Bevölkerung einer Arbeit nach, und von diesen arbeiten 40 % für den Staat“. Ein Vorurteil, eines mit reellem Hintergrund zudem, das allenthalben in Flandern gepflegt wird, aber eben nur ein zusätzliches Argument in einer langen Reihe von Erklärungen, warum eine De-Föderalisierung Belgiens Not tut. Übrigens sprechen sich, konkret gefragt, nur rund 20 % aller Belgier für eine sofortige Teilung des Landes aus.

Wie könnte eine Teilung des Landes denn aussehen? Was geschähe etwa mit Brüssel, einer flandrischen Stadt, auf flandrischem Gebiet liegend, aber zu 80 % von Frankophonen bevölkert? Ein District of Europe wurde vorgeschlagen, ähnlich dem District of Columbia, in dem Washington liegt. Was geschähe aber mit der Wallonie? Sollte die sich dann Frankreich anschließen? Allein gelassen könnte sie allerdings kaum überleben. Welche Hauptstadt hätte Flandern? Antwerpen?

Die Föderalstruktur Belgiens ist allerdings nach mehreren Reformen bereits heute durch eine zunehmende Kompetenzverlagerung von der zentralen föderalen Ebene auf die der Regionen gekennzeichnet. Zahlreiche außen- und europapolitisch relevante Zuständigkeiten wie der Außenhandel, die Landwirtschaft, Waffenexport, Entwicklungshilfe liegen bereits bei den Regionen und Sprachgemeinschaften, also bei den

Wallonen, Flamen, in Brüssel, bei den deutschsprachigen, flämischen und französischen Sprachgemeinschaften. Insgesamt sieben Regierungen macht das aus, mit insgesamt 62 Ministern in Belgien insgesamt. Um die Frankophonen stärker und einiger zu machen, gibt es jetzt den Vorschlag der Ministerpräsidenten von Brüssel und der Wallonie, Piqué und Demotte, die frankophone Gemeinschaft, die „Communauté Française“ aufzulösen und die Regionen Wallonien und Brüssel zusammenzulegen, damit entfele eines der sieben belgischen Parlamente. Landesweite Parteien, die in ganz Belgien antreten würden, gibt es nicht, Liberale in Wallonien haben nichts zu tun mit ihren Glaubensbrüdern im Norden, flämische Sozialisten reden nicht mit denen im Süden, wie gesagt: die Grünen heißen Groen in Flandern und Ecolo bei den Frankophonen. In Flandern regieren die Christdemokraten mit den Nationalisten, den Liberalen und den Sozialisten, in Wallonien die Sozialisten mit den Zentrumshumanisten, in Brüssel-Hauptstadt die frankophonen Sozialisten mit den flämischen Liberalen, den wallonischen Zentrumshumanisten, den flämischen Sozialisten und den wallonischen Grünen, dann gibt es noch eine Regierung und ein Parlament in der deutschsprachigen Gemeinschaft, geführt von einem sozialistischen Ministerpräsidenten...

Brüssel-Halle-Vilvoorde, bestehend aus der mehrheitlich frankophonen Hauptstadt Brüssel und ihrem flämischen Umland ist der einzige Wahlkreis, in dem die Wähler für die Listen beider Sprachfamilien stimmen können – das ist der 60 %igen Mehrheit der Flamen dort seit jeher ein Dorn im Auge. 2003 erließ das belgische Verfassungsgericht (der Schiedshof) auf eine Klage der Flamen hin ein Urteil, wonach dieser Wahlkreis in einen zweisprachigen Bezirk Brüssel und einen einsprachig-niederländischen Bezirk Brüssel-Halle-Vilvoorde aufzuteilen sei. Bisher geschah das nicht. Die Flamen haben deshalb im November 2007 die Lunte ans Pulverfass gelegt, als sie im Parlament den Entwurf zur Spaltung des Wahlkreises BHV vorlegten. Die sechs wallonischen Mitglieder des Innenausschusses waren zu Beginn der Abstimmung unter Beifall und hämischen „Adieu“-Rufen der Vlaams Belang Deputierten wortlos aus der Sitzung ausgezogen. Die Spaltung ist nicht vollzogen, sie wird höchstgerichtlich zu klären sein.

Während in Baden-Württemberg, das mit 10 Millionen Einwohnern der Größe Belgiens entspricht, eine Regierung mit einem

Ministerpräsidenten und neun Ministern regiert, sind es in Belgien fünf Ministerpräsidenten mit deutlich über 30 Ministern, nicht eingerechnet die 15 föderalen Minister.

Außenminister Karel de Gucht, flämischer Liberaler von der Open VLD, Anwärter auf das Amt des belgischen EU-Kommissars im nächsten Jahr, forderte am 26. Februar 2008 in einem Interview mit „Le Soir“ eine umfassende Staatsreform ohne wenn und aber. Eine Reform übrigens, die dem Föderalstaat nur noch „Restkompetenzen“ -so die offizielle Bezeichnung, nicht Kernkompetenzen, übrig lassen will. Für seine Partei, so de Gucht, sei daher das Korsett einer neuen Kompetenzverteilung in Richtung Regionen und Gemeinschaften (zu Lasten des Bundesstaates) eine *conditio sine qua non* zur gedeihlichen Fortentwicklung des belgischen Staates – aber er meint Flandern. Zudem sei die Sprachgrenze eine Staatsgrenze, daran gebe es nichts zu rütteln: eine Grenze zwischen zwei unabhängigen Staaten, die zusammen das Staatenbündnis Belgien bildeten. Der Mann, ich wiederhole es, ist belgischer Außenminister.

So kam es, dass die belgischen Politiker in der Regierungskrise den guten Ruf des bewährten „belgischen Kompromisses“ erheblich beschädigt haben, die Konsensdemokratie jedenfalls ging dahin. Wenn es aber in Zeiten eines unabhängigen Kosovo, eines nach Unabhängigkeit strebenden Schottlands, einem nationalistischen Baskenland oder eines selbstbewussten Kataloniens, nach dem Entstehen zahlreicher neuer souveräner europäischer Kleinstaaten wie Montenegro, Mazedonien, Estland, Lettland, Litauen, und selbst Dänemark ist kleiner als Flandern –um nur einige Beispiele zu nennen- wenn also vor solchem Hintergrund ein europäischer Gründerstaat wie Belgien sich nicht mehr rational organisieren kann, dann muss das für alle Europäer eine Warnung sein. Gewiss, es explodieren keine Bomben in Brüssel, aber politische Bomben sind es schon, die zeitgleich mit der Ratifizierung des Vertrages von Lissabon hochgehen. In Belgien freilich wurde das bislang so modellhafte Zusammenleben zweier Volksgruppen ad absurdum geführt: der angebliche Königsweg ist in einer Sackgasse angekommen, das belgische Konzept von heute heißt gesellschaftliche Apartheid. Cornelia Bolesch, Brüsseler Korrespondentin der Süddeutschen Zeitung, beschrieb dies am 16.10.2007 so: „Zu besichtigen ist eine politische Schizophrenie. Während Europa auf oberster Ebene stets

zusammenrückte, strebte man unten auf den 30258 Quadratkilometern Belgien immer weiter auseinander. Man hat nicht nur die Institutionen säuberlich entlang der Sprachgrenze getrennt, sondern auch noch alle Adern durchschnitten, die für die Kommunikation in einer Gesellschaft lebensnotwendig sind...So gibt es zwar eine gemeinschaftliche Politik für alle Belgier, aber keine gemeinsame Gesellschaft mehr, die diese Politik stützen könnte. Dieses künstliche Konstrukt konnte nur einige Jahrzehnte funktionieren. Den Herausforderungen einer veränderten Welt hält es nicht stand“.

Dem ist nichts hinzuzufügen – eine Beschreibung von Europas Wirklichkeit im 21. Jahrhundert. Und wie viele gewachsene Regionen gibt es in Europa? Mehr als 300...

Ist also das Ende Belgiens eingeläutet? Haben die Panikmacher mit dem Film „Bye, bye, Belgium“ ins Schwarze getroffen, hat „Paris Match“ recht mit dem Titel vom Belgischen Requiem oder an anderer Stelle mit der Bezeichnung „Belgoslavia“? Vergessen wir nicht: vor beinahe 100 Jahren, im Jahre 1912, trat der wallonische Sozialist Jules Destrée seinem König mit den Worten entgegen: „Sire, il n`y a pas des Belges!“ –es gibt keine Belgier...Wird das bald heißen: Sire, il n`ya pas de Belgique...? Ein aperçu am Rande: große Wellen schlug Letermes Unkenntnis der belgischen Nationalhymne. Als er von Journalisten gebeten wurde, die Hymne einmal anzustimmen, sang er die Marseillaise...auch der belgische Nationalfeiertag am 21. Juli war ihm nicht so recht geläufig, er glaubte, die Proklamation der Verfassung würde gefeiert, während es doch die Erinnerung an den Amtseid des ersten belgischen Königs im Jahre 1831 war...

Oder ist das alles viel zu aufgeregt, zu übertrieben, stünde uns mehr Gelassenheit wohl an? Müssen denn Nationalstaaten wirklich ewig halten? Was lehrt uns dabei das Beispiel der Schweiz? Wie unterscheidet sich die Helvetische Konföderation von Belgien? Vielleicht durch die Tatsache, dass sich ihre Einwohner ihren Staat erkämpft haben, während die Belgier von den europäischen Großmächten in einen Staat geschoben wurden. Interessant nur, dass, nicht die Schweiz, aber alle so genannten neuen Staaten in Europa sich flugs und schnurstracks nach Brüssel aufmachen, um Mitglied der Europäischen Gemeinschaft zu werden.

Der luxemburgische Premierminister Juncker warnte angesichts der Krise im Nachbarland so: „Ich erkenne das Belgien, das ich schätze, nicht wieder. Wenn es einem kleinen Land nicht mehr gelingt, den Willen zum internen Zusammenleben wiederherzustellen, weil es diesen Willen offenbar nicht mehr gibt, riskiert es, jeglichen Einfluss in Europa zu verlieren“. Das lässt sich allerdings diskutieren. Dennoch:

Belgien wird nicht viel anderes übrig bleiben, wenn es denn als Staat nach 178 Jahren Existenz weiter bestehen will, als sich neu zu finden. Neue Gründe des Zusammenlebens müssen entdeckt werden. Vor kurzem hörte ich den Vorschlag, ob man denn nicht nach dem Vorbild des deutsch-französischen Fernsehsenders ARTE, der das Zusammenwachsen früher verfeindeter Nachbarn fördern sollte, auch in Belgien ein solches Instrument einrichten sollte über die Sprachgrenzen hinweg. Denn die Staatsreform, es wäre die fünfte in drei Dekaden, mag ja ein Vehikel sein, um die Kompetenzen sachgerechter zu verteilen, aber die innerbelgische Apartheid muss aufhören: solange Finanzämter in den flämischen Randgemeinden Brüssels nur in niederländischer Sprache verfasste Briefe oder Formulare akzeptieren, obwohl die Mehrheit der Steuerzahler längst frankophone Wallonen sind und solange öffentliche Arbeitgeber Putzfrauen ablehnen, die nicht perfekt Niederländisch sprechen, solange wird die Gefahr des Auseinanderdriftens nicht gebannt sein.

Die Monarchie übrigens ist keine Klammer mehr, die Belgien zusammenhält. Albert wird weitgehend als frankophon orientiert wahrgenommen, sein Sohn und Thronfolger Philipp ist nicht beliebt im Land und wird oft als unfähig für die Übernahme der Königswürde beschrieben.

Das Land muss sich europäisieren, die Wege von Flamen und Wallonen müssen sich wieder kreuzen. Das liegt nicht zuletzt in unser aller Interesse, im europäischen Interesse. Europa wird seine Rolle in der Welt nicht stark und kraftvoll finden können, wenn es von innen her zerbricht. Es stimmt, was ein flämischer Historiker in einem Radiointerview anlässlich des 175. Jahrestages der belgischen Staatsgründung sagte: „Kein Staat, auch nicht Belgien, hat einen Anspruch auf Unsterblichkeit“.

Sollte das Land aber scheitern, so droht auch das Großprojekt Europa in Schieflage zu geraten- Turbulenzen entstünden vom Baskenland bis in Finnlands Norden, die regionalen Feischärler würden Morgenluft wittern. Schließlich besitzt Belgien mit der europäischen Hauptstadt Brüssel einen hohen Symbolcharakter für Europa. Wie sagte es der Eupener Schriftsteller Freddy Derwahl so treffend: „Wenn vor den Türen der Kommission die Menschen dreier verschiedener Sprachen und Kulturen nicht mehr miteinander in Frieden leben können, müssen sich die Europäer eine andere Hauptstadt und die Belgier ein anderes Europa suchen. Dann bestellt Barroso die Umzugswagen nach Strassburg, diesmal nur noch Hinfahrt. Der Kardinal liest ein Requiem in lateinischer Sprache. Leterme und Reynders tauschen Botschafter aus. In Eupen zieht der Ministerpräsident die belgische Flagge ein. Aber nur auf Halbmast“.

Das Lied John Lennons kommt in den Sinn:

„Imagine there is no country,
it isn` t hard to do,
nothing to kill or die for
and no religion, too...“

Noch ist es nicht soweit, längst nicht. Aber die Zukunft Belgiens, dieses lebenswerten Landes, bleibt ungewiss.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

© 2008/19. ANDRÁSSY UNIVERSITÄT

H - 1088 Budapest, Pollack Mihály tér 3.

Tel.: + 36 1 266 31 01; Fax: + 36 1 266 30 99

Postanschrift: H-1464 Budapest, Pf.: 1422

E-Mail: bibliothek@andrassyuni.hu

Internet: www.andrassyuni.hu

ISSN: 1785-3907

ISBN: 978-963-87301-7-6